

AGB Deutsche Welle

Allgemeine Bedingungen für eine Teilnahme an Veranstaltungen der Deutschen Welle

1. Geltungsbereich

1.1. Die nachfolgenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen ("AGB") regeln das Verhältnis zwischen der Deutschen Welle (DW) als Veranstalterin (ggf. In Kooperation mit anderen) und den Veranstaltungsteilnehmenden. Zusätzlich können für einzelne Angebote besondere Bedingungen maßgeblich sein, die in der jeweiligen Veranstaltungsankündigung ausgewiesen sind. Abweichende allgemeine Geschäftsbedingungen der Teilnehmenden haben keine Gültigkeit.

1.2. Angebote und Leistungen der DW erfolgen ausschließlich unter Einbeziehung dieser AGB. Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform. Das gilt auch für den Verzicht auf das Schriftformerfordernis.

2. Anmeldungen

2.1. Für alle Veranstaltungen ist eine Anmeldung erforderlich. Mit der Anmeldung werden die AGB anerkannt. Die Anmeldung kann über die Online-Registrierung erfolgen.

2.2. Die Anmeldung wird mit der Bestätigung durch die DW verbindlich. Die DW benachrichtigt die Teilnehmenden, wenn die Veranstaltung ausfällt oder keine Teilnahmeplätze mehr verfügbar sind.

2.3. Die Vergabe der Teilnahmeplätze erfolgt grundsätzlich in der Reihenfolge des Eingangs der Anmeldungen. Ein Anspruch auf Teilnahme oder Zulassung besteht nicht.

3. Absagen von Veranstaltungen

Die DW ist berechtigt, Veranstaltungen aus wichtigem Grund, insbesondere bei organisatorischen, technischen oder sicherheitsrelevanten Umständen, abzusagen oder zu verschieben. Dies gilt auch bei Umständen, die die DW nicht zu vertreten hat (z.B. Erkrankung von Referentinnen und Referenten). Die Teilnehmenden werden hierüber unverzüglich informiert. Gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt. Die Benachrichtigung über eine Absage erfolgt an die bei der Anmeldung angegebene Kontaktadresse.

4. Haftung

4.1 Die DW haftet für Schäden – gleich aus welchem Rechtsgrund – nur, wenn sie diese Schäden vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht hat, oder wenn sie fahrlässig eine wesentliche Vertragspflicht verletzt hat. Wesentliche Vertragspflichten sind solche Verpflichtungen, die vertragswesentliche Rechtspositionen der Teilnehmenden schützen, die ihnen der Vertrag nach seinem Inhalt und Zweck gerade zu gewähren hat; wesentlich sind ferner solche Vertragspflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße

Durchführung des Vertrags überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung die Teilnehmenden regelmäßig vertraut haben und vertrauen dürfen.

4.2. Die DW haftet im Falle der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten stets nur für den im Zeitpunkt des Vertragsschlusses vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden.

4.3. Gegenüber Unternehmen, juristischen Personen des öffentlichen Rechts und öffentlich-rechtlichen Sondervermögen ist die Haftung für fahrlässig verursachte Vermögensschäden auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden begrenzt.

Soweit die DW im Falle der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten gemäß vorstehender Ziffer 4.1 für fahrlässig verursachte Schäden haftet, ist deren Ersatzpflicht der Höhe nach je Schadensfall begrenzt auf: 500.000,00 EUR für Sachschäden, 125.000,00 EUR für Vermögensschäden.

4.4. Eine Haftung für Schäden, die durch die Verletzung nicht wesentlicher Vertragspflichten infolge einfacher Fahrlässigkeit verursacht worden sind, ist ausgeschlossen.

4.5. Der in Ziffern 4.1-4.4 enthaltene Haftungsausschluss bzw. die Haftungsbegrenzung gilt nicht für Schäden an Leben, Körper oder Gesundheit sowie für Ansprüche aus einer Beschaffenheitsgarantie oder nach dem Produkthaftungsgesetz. Gegenüber Verbrauchern gilt die Haftungsbegrenzung nach Ziffer 4.3 nicht; die Haftung der DW gegenüber Verbrauchern richtet sich ausschließlich nach den gesetzlichen Vorschriften.

4.6. Soweit Schadensersatzansprüche gegen die DW ausgeschlossen oder begrenzt sind, gilt dies auch für die persönliche Haftung der Organe, Sachverständigen und sonstiger Mitarbeiter sowie Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen der DW.

4.7. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Verjährungsvorschriften.

5. Bild- und Filmmaterial

5.1. Die DW ist als öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt berechtigt, ihre Veranstaltungen ganz oder auszugsweise im Fernsehen, Hörfunk, Internet und auf anderen Medienplattformen auszustrahlen und zu verbreiten. Hierbei werden Foto-, Ton- und Filmaufnahmen angefertigt, auf denen auch Teilnehmende erkennbar abgebildet sein können. Die Teilnehmenden nehmen zur Kenntnis, dass insbesondere bei Veranstaltungen mit medialem Charakter (z. B. Podiumsdiskussionen, Konferenzen und vergleichbaren Formaten) regelmäßig Aufnahmen erstellt und verbreitet werden. Eine Unkenntlichmachung von Teilnehmenden ist aus redaktionellen Gründen grundsätzlich nicht vorgesehen.

5.2. Nähere Informationen zur Verarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit Bildaufnahmen entnehmen Sie bitte den Datenschutzhinweisen der Deutschen Welle bei Veranstaltungen.

6. Datenschutz

6.1. Personenbezogene Daten werden unter Beachtung der geltenden datenschutzrechtlichen Vorschriften verarbeitet.

6.2. Nähere Informationen zur Verarbeitung personenbezogener Daten enthalten die Datenschutzhinweise der Deutschen Welle für die Veranstaltung.

7. Gerichtsstand, Erfüllungsort, anzuwendendes Recht

7.1. Gegenüber Kaufleuten, juristischen Personen des öffentlichen Rechts und öffentlich-rechtlichen Sondervermögen ist Bonn ausschließlicher Gerichtsstand.

7.2. Erfüllungsort für alle sich aus dem Vertrag ergebenden Verpflichtungen ist der im jeweiligen Vertrag angegebene Sitz der DW (Bonn oder Berlin).

7.3. Das Vertragsverhältnis und alle Rechtsbeziehungen hieraus unterliegen ausschließlich dem Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des Kollisionsrechts des Internationalen Privatrechts (IPR) sowie des UN-Kaufrechts (CISG).

8. Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieser AGB ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, so bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen unberührt. An die Stelle der unwirksamen Bestimmung treten die gesetzlichen Vorschriften. Die ganze oder teilweise ungültige Bestimmung soll durch eine Regelung ersetzt werden, die dem Sinn und Zweck der unwirksamen Bestimmung am nächsten kommt.

General Terms and Conditions for participation in Deutsche Welle events

1. Scope of application

1.1. The following General Terms and Conditions (hereinafter "GTC") shall govern the relationship between Deutsche Welle (hereinafter "DW"), acting as organizer (where applicable, in cooperation with third parties), and the participants of the respective event. Additional terms and conditions may apply to specific events or offerings and shall be indicated in the relevant event announcement. Any conflicting or deviating general terms and conditions of participants shall not apply.

1.2. All offers and services provided by DW shall be rendered exclusively on the basis of these GTC. Any amendments or supplements to this Agreement must be made in writing. This shall also apply to any waiver of the written form requirement.

2. Registrations

2.1. Registration shall be required for all events. By registering, participants

acknowledge and accept these GTC. Registration may be completed via the online registration process.

2.2. Registration shall become binding upon confirmation by DW. DW shall notify participants if the event is cancelled or if no places remain available.

2.3. Places for participation shall generally be allocated in the order in which registrations are received. Participants shall have no legal entitlement to participation or admission.

3. Cancellation of events

DW reserves the right to cancel or postpone events for good cause, including, without limitation, organizational, technical, or security-related reasons. This shall also apply where circumstances arise that are beyond DW's reasonable control (for example, the illness of speakers or presenters). Participants shall be informed thereof without undue delay. Any statutory rights of participants shall remain unaffected. Notification of cancellation shall be sent to the contact details provided during registration.

4. Liability

4.1. DW shall be liable for damages, irrespective of the legal basis, only where such damages have been caused intentionally (wilfully) or through gross negligence ("grobe Fahrlässigkeit") by DW, or where DW has negligently breached a material contractual obligation. Material contractual obligations are those obligations that protect essential contractual rights of participants which the contract is intended to grant according to its content and purpose. Material contractual obligations further include obligations whose fulfilment is essential for the proper performance of the contract and upon whose compliance participants regularly rely and are entitled to rely.

4.2. In the event of a breach of a material contractual obligation, DW's liability shall be limited to damages that were typical for the contract and foreseeable at the time of conclusion of the contract.

4.3. With respect to businesses, legal entities under public law, and special funds under public law, liability for financial losses caused by negligence shall be limited to damages that are typical for the contract and foreseeable at the time of contracting. Where DW is liable for negligent breaches of material contractual obligations pursuant to Section 4.1 above, DW's liability shall be limited per individual claim to EUR 500,000 for damage to property; and EUR 125,000 for pure financial loss.

4.4. Liability for damages resulting from the negligent breach of non-material contractual obligations shall be excluded.

4.5. The exclusions and limitations of liability set out in Sections 4.1 to 4.4 shall not apply to liability for death, personal injury, or damage to health, nor to claims arising from an express guarantee of quality or under the German Product Liability Act ("*Produkthaftungsgesetz*"). With respect to consumers, the limitation of liability set out in Section 4.3 shall not apply. DW's liability towards consumers shall be governed exclusively by the applicable statutory provisions.

4.6. To the extent that claims for damages against DW are excluded or limited, such exclusion or limitation shall also apply to the personal liability of DW's governing bodies, experts, employees, agents, representatives, and other persons engaged in the performance of DW's obligations.

4.7. In all other respects, the statutory limitation periods shall apply.

5. Photographic, Audio and Video Recordings

5.1. As a public-service broadcasting institution, DW is entitled to broadcast and otherwise distribute its events, in whole or in part, via television, radio, the Internet, and other media platforms. For this purpose, photographic, audio, and video recordings may be made in which participants may be identifiable. Participants acknowledge that, particularly in events with a media-related character (such as panel discussions, conferences, and comparable formats), recordings will regularly be made and disseminated. As a matter of editorial practice, anonymisation or blurring of participants is generally not envisaged.

5.2. Further information regarding the processing of personal data in connection with photographic and audiovisual recordings can be found in Deutsche Welle's Event Privacy Notice.

6. Data Protection

6.1 Personal data is processed in compliance with the applicable data protection laws and regulations.

6.2 Further information regarding the processing of personal data is provided in Deutsche Welle's Privacy Notice applicable to the event.

7. Jurisdiction, Place of Performance, Applicable Law

7.1 With respect to merchants ("*Kaufleute*"), legal entities under public law, and special funds under public law, the exclusive place of jurisdiction shall be Bonn, Germany.

7.2 The place of performance for all obligations arising under the contract shall be the registered office of DW specified in the relevant contract (Bonn or Berlin).

7.3 The contractual relationship and all legal relations arising therefrom shall be governed exclusively by the laws of the Federal Republic of Germany, excluding the conflict-of-laws rules of private international law and excluding the application of the United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods (CISG).

8. Severability Clause

Should any provision of these GTC be or become wholly or partially invalid, illegal, or unenforceable, the validity of the remaining provisions shall remain unaffected.

The invalid, illegal, or unenforceable provision shall be replaced by the applicable statutory provision. To the extent legally permissible, any wholly or partially invalid provision shall be replaced by a valid provision that most closely reflects the economic purpose and intent of the invalid provision.